Englands Milliardenrüstungen

Im Unterhaus hat der englische Kriegsminister Duff Cooper den Voranschlag für den britischen Armeehaushalt eingebracht. Das Wesentliche seiner Ausführungen war, daß die englische Armee in zwei Jahren mechanisiert sein wird und daß die leichten Tanks in immer stärkerem Maße in der Armee verwendet werden. Das alles kostet neben den Aufwendungen für Flotte und Luftwaffe Unsummen.

In der Nachtsitzung vom 4. zum 5. März hat das englische Unterhaus jenen Rüstungskredit von 400 Millionen Pfund Sterling, den der Schatzkanzler Neville Chamberlain Mitte Februar angekündigt hatte, in dritter Lesung angenommen. Die 400 Millionen Pfund — rund 5 Milliarden Mark — sollen sich längstens auf fünf Jahre verteilen und sind für zusätzliche Rüstungen bestimmt. Um die Arbeiterpartei, die sich mit solch gewaltigen Rüstungsausgaben nicht zufriedengeben wollte, gnädig zu stimmen, hat die britische Regierung die zusätzliche Rüstung mit Notstandsarbeiten vermengt. In großen Teilen Englands, besonders in gewissen Kohlenbezirken in Wales und auch in Textilgebieten, herrschen Arbeitslosigkeit und Elend. Das zusätzliche englische Rüstungsprogramm enthält allein die Errichtung von 14 Munitionsfabriken mit einem Kostenaufwand von fast 8 Millionen Pfund Sterling gleich 100 Millionen Mark. Ein Teil dieser neuen Werke, und besonders zahlreiche Anlagen „zweitwichtigster Industrien" — also wohl Anlagen zur Herstellung von Wehrmachtsbedarf im weiteren Sinn — sollen in diese Notstandsgebiete gelegt werden.

Gegen die Anspannung des britischen Kredits für Rüstungszwecke hat sich im Lande auch außerhalb der politischen Opposition (Arbeiterpartei) Widerspruch erhoben. So erklärt die angesehene wirtschafts- und finanzpolitische Wochenschrift „Economist", daß die Ausnutzung von Kredit für zusätzliche Rüstung zwei erhebliche Schäden mit sich bringe: zunächst werde eine künstliche Konjunktur erzeugt, die nur kurze Zeit dauern könne und einen Rückschlag zur Folge haben müsse; sodann entstehe im Volk, das für die erhöhten Rüstungen keine entsprechend erhöhten Steuern zu zahlen habe, der Eindruck, daß „die zusätzliche Rüstung nichts koste".

Englands Rüstungsaufwand hat sich in den letzten Jahren geradezu stürmisch vergrößert. Zur Zeit der Abrüstungskonferenz in Genf — also in den Jahren 1931 bis 1933 — glaubte England durch Verringerung seiner Rüstungsausgaben „ein gutes Beispiel" geben zu können. Es war ebenso vergeblich wie das andere „gute Beispiel", zu dem Deutschland durch die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags gezwungen worden war. Aber es besteht doch ein erheblicher Unterschied zwischen den beiden ähnlich gelagerten Fällen: Deutschland hatte in den Jahren nach dem unglücklichen Kriege keinerlei Möglichkeit, die früheren Gegner zur Nachfolge in der Abrüstung zu bewegen. England dagegen hat die mannigfachen Druckmittel, über die es verfügte, nicht benutzt, um den bekannten Bestimmungen von Teil V des Versailler Vertrages über allgemeine Abrüstung Geltung zu verschaffen.

Englands Rüstungsaufwand im Jahre 1937 wird rund 270 Millionen Pfund Sterling gleich über 3,5 Milliarden Mark betragen. Besonders groß ist die Zunahme bei der Luftrüstung. Bereits im Juli sollen 1500 Flugzeuge der ersten Kampflinie zur Verfügung stehen, wenige Monate später 1750 Flugzeuge. Sechs neue Flugmotorenwerke befinden sich im Bau. Die Engländer bieten alles auf, um noch im Jahre 1937 die stärkste europäische Luftmacht — vielleicht nächst Räterußland — zu werden. Aber ebenso intensiv handelt die englische Regierung auf den Gebieten des Heeres und der Flotte.

Es gibt eine ganze Reihe ernsthafter englischer Kritiker, die die über fünf Jahre laufenden englischen Rüstungspläne für den größten Bluff der Weltgeschichte halten, da Großbritannien nicht in der Lage sei, dies Programm finanziell durchzustehen. Teilweise halten sie den finanziellen Aderlaß in Höhe von 18 Milliarden Reichsmark für einen schweren Ausblutungsprozeß, den der englische Wirtschaftskörper auf keinen Fall aushalten würde, teilweise bedeutet für sie schon die englische Zahlungsbilanz, die nur ganz knapp aktiv ist, ein unüberspringbares Hindernis für die Rüstungspläne. Die amtliche englische Meinung ist anderer Ansicht. Zwar wird auch von dieser Seite kein Hehl daraus gemacht, daß England heute nicht mehr der reiche Staat ist, als den ihn die Welt im Gedächtnis hat. Die Abzapfungen durch den Weltkrieg, durch die Weltwirtschaftskrise und durch die Pfundabwertung, deren ursprünglich positive Ergebnisse sich von Monat zu Monat in zunehmendem Maße ins Negative wandelu, sind so fühlbar gewesen, daß man das Finanzvermögen des englischen Mutterlandes heute nicht mehr überschätzen darf. 18 Milliarden Reichsmark sind auch für England heute ein gewaltiger Brocken, an dem es zu würgen hat. Die Engländer sind aber ein eminent politisches Volk, und wenn Machtfragen in England entschieden werden, werden sie immer nach politischen Gesichtspunkten entschieden. So auch heute.

Ehrenbürgerbrief Saarbrückens für Dr. Goebbels

Eine Ratsabordnung der Stadt Saarbrücken, die unter Führung ihres Oberbürgermeisters, Kreisleiter Dürrfeld, erschienen war, überreichte in Berlin Reichsminister Dr. Goebbels den Ehrenbürgerbrief ihrer Stadt.

Dr. Goebbels, der die Grüße der Saarbrücker Bevölkerung und ein wertvolles Kunstgeschenk entgegennahm, brachte in herzlichen Worten des Dankes zum Ausdruck, daß es ihm eine besondere Freude sei, diese hohe Ehrung anzunehmen, als er sich in gemeinsamer Erinnerung an den Abstimmungskampf mit dem ins Reich heimgekehrten Saarvolk besonders herzlich verbunden fühle.

Politische Bluttat in Paris

Auf den früheren französischen Botschafter in Rom, Chambrun, ist am Mittwoch am Pariser Nordbahnhof ein Revolveranschlag ausgeführt worden. Der Täter, der verhaftet werden konnte, ist ein früherer Redakteur der „Liberté", Fontange. Chambrun wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht. Die Gründe des Anschlages sind noch nicht bekanntgeworden.

Schiebung um Spanisch-Marokko

Landesverräterisches Angebot Valencias an England und Frankreich

Die spanische nationale Presse veröffentlichte am Mittwoch in großer Aufmachung ein Schriftstück vom 9. Februar, das der sogen. „Außenminister" der bolschewistischen Machthaber, Alvarez del Vayo, den Vertretern Englands und Frankreichs im Völkerbund anläßlich der letzten Ratssitzung überreichte.

In dem Schriftstück wird eine aktive Zusammenarbeit hinsichtlich der „spanischen Außenpolitik" mit England und Frankreich vorgeschlagen, zu welchem Zweck die bolschewistischen Machthaber bereit wären, auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Wiederaufbaues wie in militärischer Hinsicht die Interessen der beiden Großmächte, soweit irgend möglich, zu berücksichtigen; ebenso wären sie bereit, mit England und Frankreich die Möglichkeit einer Uebereinkunft bezüglich einer Aenderung der gebietsmäßigen Verhältnisse in Marokko zu untersuchen (!), wobei eine solche Aenderung ausschließlich England und Frankreich zugute kommen sollte. Die bolschewistischen Machthaber seien der Meinung, daß eine territoriale Neugestaltung in Spanisch-Marokko die internationalen Schwierigkeiten beseitgen könnte (!).

Im zweiten Teil des bolschewistischen Machwerkes wird nochmals betont, daß man bereit sei, „Opfer" hinsichtlich der spanischen Marokko-Zone zu bringen sowie auf ein Abgehen von der Neutralitätspolitik hinzuwirken, wenn damit weiteres Blutvergießen vermieden werden könnte. Sollten die englische und die französische Regierung diese Vorschläge aufnehmen, so wären sie auch verantwortlich für die Ergreifung irgendwelcher Mittel zur Verhinderung einer deutsch-italienischen Intervention (!).

Schließlich behauptet del Vayo in seinem Schreiben, seine Auftraggeber seien mit allen Bemühungen einverstanden, die eine fremde Einmischung in Spanien beseitigten, weshalb sie sich bereiterklärten, den Vorschlag anzunehmen, wonach bis zu einem noch festzusetzenden Zeitpunkt jegliche in Spanien kämpfenden Ausländer ohne Ausnahme abbefördert werden sollten.

Im nationalen Spanien hat das oben wiedergegebene schamlose Angebot der Bolschewisten großes Aufsehen und Entrüstung erregt. Es wird als glatter Verrat der spanischen Interessen angesehen, wobei insbesondere die beabsichtigte Abtretung Spanisch-Marokkos durch die bolschewistischen Machthaber aufs kräftigste zurückgewiesen wird.

*

Vernünftige Haltung Englands

Ablehnung der Marokko-Schiebung

Das Londoner Reuterbüro bestätigt, daß eine derartige Note tatsächlich am 9. Februar dem englischen Außenminister Eden und dem französischen Außenminister Delbös vom sogen. „Außenminister" der bolschewistischen Machthaber in Spanien in Genf übergeben wurde. Die britische Regierung habe hierauf Valencia nicht geantwortet, weil der Vorschlag auch nicht einen Augenblick lang weder von der britischen noch von der französischen Regierung erwogen worden sei, weil es in Widerspruch zu den Vertragsverpflichtungen der französischen und britischen Regierung stand. Eine Antwort dieses Inhalts werde in Kürze an die bolschewistischen Machthaber in Valencia abgehen.

Englische Anteilnahme am Tode Chamberlains

45 Jahre dem Unterhaus angehört — Trauerkundgebung im englischen Parlament

Der plötzliche Tod Sir Austen Chamberlains hat in der gesamten britischen Oeffentlichkeit stärkste Anteilnahme und Trauer ausgelöst. Alle Blätter zollen ihm ehrenden Tribut und feiern ihn als großen Engländer, als Gentleman, als Charakter und Politiker. „Sir Austen war kein großer Staatsmann", so schreibt „Daily Expreß", „aber er war aufrecht, treu und loyal, und er war ein großer Mann." Chamberlain war mit Lloyd George das älteste Mitglied des Unterhauses und galt gewissermaßen, wie „Morningpost" es ausdrückt, als „das Gewissen der Konservativen Partei". Er war der einzige noch lebende Parlamentarier, der noch unter Königin Victoria Minister war.

Mit 29 Jahren bereits trat er ins Unterhaus ein, dem er nicht weniger als 45 Jahre angehörte. Er war zweimal Schatzkanzler, einmal Staatssekretär von Indien, ferner Erster Lord der Admiralität. Als Außenminister verband sich sein Name mit dem Locarno-Vertrag. Zweimal hätte er den Posten des Ministerpräsidenten erhalten können, aber beide Male trat er zugunsten anderer Männer, nämlich Bonar Laws und Baldwins, zurück, um die Möglichkeit zu einer Regierungsbildung auf weiter Basis zu schaffen. Selten sprach er im Unterhaus, aber um so stärker war dann die Wirkung seiner Worte. Sowohl der eigenen Partei wie der Opposition galt er als Vertreter der besten englischen Tradition, wie er auch rein äußerlich stets im Zylinder und schwarzen Rock im Unterhaus erschien. Die letzte größere politische Aktion galt dem Hoare-Laval-Plan, der vor allem durch seine denkwürdige Rede im Dezember 1935 zu Fall gebracht wurde. Dem neuen Deutschland gegenüber vermochte er kein Verständnis aufzubringen.

Das Unterhaus gedachte seiner bei Eröffnung der Mittwochsitzung. Ministerpräsident Baldwin, der Führer der Arbeiterpartei, Major Attlee, und der Führer der liberalen Opposition, Sir Archibald Sinclair, vor allem Lloyd George widmeten dem Verstorbenen Nachrufe.

Jüdischer Zuwachs bei den Sowjets

Drei neue Volkskommissare, und alles Juden!

Die Sowjetpresse veröffentlicht Verfügungen des Zentralausschusses über eine Reihe von Neuernennungen im Rat der Volkskommissare. Danach wurde Moses Granowski, ein Jude, zum stellvertretenden Volksjustizkommissar ernannt. Völlig umgebildet wurde das Gesundheitskommissariat. Sein bisheriger Leiter Kaminski wurde wegen der haarsträubenden Zustände, die in den letzten Monaten in den Krankenhäusern und Kliniken aufgedeckt wurden, entlassen und zu seinem Nachfolger Sergiew ernannt. Seine Stellvertreter wurden Frau Charlamowa und Kantorowitsch, ebenfalls ein Jude.

Mit Saveniagin, der, wie gemeldet, in diesen Tagen zum stellvertretenden Schwerindustriekommissar ernannt wurde, sind damit drei weitere Juden in den Rat der Volkskommissare eingezogen.

*

Es konnte ja nicht anders kommen: Wo eine neue leitende Stelle bei den Sowjets frei wird, da drängen sich die Juden hinein. Sie sind ja in genügender Anzahl im Sowjetstaat vorhanden. Wie die Aasgeier haben sie sich von weither zusammengefunden, um dort ihr schäbiges Handwerk zu treiben, wo sich ihnen kein Widerstand entgegenstellt. Das russische Volk, wehrlos und geknechtet, muß es mitansehen, wie das internationale Judentum sich an seinem geraubten Besitz mastet und so das Werk der Zerstörung und Vernichtung vollendet. Nach außen hin wird Rußland als das glücklichste Land der Welt hingestellt, aber niemand glaubt mehr daran. Zu deutlich sind die Beweise, die allmählich für den Zusammenbruch eines einst so starken Volkes geliefert werden. Der Jude aber rafft, raubt und stiehlt, solange er bei seinem Opfer noch etwas findet. Immer neue jüdische Vertreter finden sich an, und einer bringt den anderen an die Futterkrippe. Aber einmal kommt das Ende. Denkt Stalin nicht daran?

Vertrauen für Zeeland

Die belgische Kammer sprach mit 120 gegen 13 Stimmen bei zwei kommunistischen Stimmenthaltungen dem Ministerpräsident van Zeeland das Vertrauen aus.

Die Wehrerziehung in der Tschechoslowakei

vom ersten Schuljahr bis zum 30. Lebensjahr

In der Mittwochsitzung des Wehrausschusses des Abgeordnetenhauses macht der Verteidigungsminister Machnik Mitteilungen über die Richtlinien der künftigen Wehrerziehung der Bevölkerung. Darnach unterliegen alle tauglichen Einwohner beiderlei Geschlechts in der Tschechoslowakei vom schulpflichtigen Alter bis zum Schluß des dreißigsten Lebensjahres der Wehrerziehung. Wenn die Staatsinteressen es erfordern, werden für eine Uebergangszeit auch ältere Personen der Ausbildung im Wehrdienst unterworfen. Die Ausbildung soll sich zusammensetzen aus der moralischen, erzieherischen und körperlichen Wehrvorbereitung, der Ausbildung im Schutzdienst und der Wehrausbildung.

Sowjetbauern ohne Saatgut

Angesichts der katastrophalen Mißernte des Vorjahres gewinnt die diesjährige Frühjahrsaussaat in Sowjetrußland erhöhte Bedeutung. Die Lage der Kolchos-Bauern ist außerordentlich ernst. Vielfach mußten sie, um nicht Hungers zu sterben, das Saatgetreide zur Nahrung verwenden. Die aus staatlichen Beständen als Saathilfe zur Verfügung gestellten 13 Millionen Pud sind aber, wie bei dem Bürokratismus der örtlichen Stellen von vornherein zu erwarten war, nicht rechtzeitig an die Bauern gelangt. Wie die Moskauer Blätter melden, ist daher der pünktliche Beginn der Frühjahrsbestellung vielfach in Frage gestellt.

Die „Taß" teilt mit, daß in der Krim, im Odessaer Gebiet und selbst im Kaukasus, also im Gebiet des größten Oelreichtums, die Traktoren nur für einige Tage mit Betriebsstoff versorgt sind, so daß die Saatarbeiten sofort wieder eingestellt werden müssen.

Arbeitswochen für Bilanzbuchhalter

Im Gau Sachsen der DAF. wird eine Arbeitswoche für Bilanzbuchhalter durchgeführt. Diese Arbeitswoche setzt sich das Ziel, im Rechnungswesen tätigen Kaufleuten eine zusätzliche Berufsschulung in Buchführungs- und Bilanzkunde, Steuerrecht, Handelsrecht und Gesellschaftsrecht zu vermitteln. Sämtliche Fragen werden unter Berücksichtigung der Anforderungen behandelt, die in der Fachprüfung für Bilanzbuchhalter der DAF. gestellt werden. Werbeblätter für diese Arbeitswoche, die vom 4. bis 10. April im Kurhaus Talsperre Malter bei Dippoldiswalde durchgeführt wird, können von der DAF., Gaubetriebsgemeinschaft Handel, Dresden-A. 1, Platz der SA. Nr. 14, sowie von allen Kreisdienststellen der DAF., Abt. für Berufserziehung und Betriebsführung, bezogen werden.

Kurze Nachrichten

Berlin. Nach kurzer schwerer Krankheit verschied das Mitglied des Reichsbankdirektoriums, Reichsbankdirektor Ernst Hasse im 62. Lebensjahr. Der Verstorbene war ein hervorragender Kenner des Kreditsgeschäfts der Reichsbank wie überhaupt des praktischen Bank- und Kreditwesens in Deutschland.

Bern. Wie verlautet, werden die vom Bundesrat angekündigten neuen Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz über den Waren- und Zahlungsverkehr kaum vor Beginn der nächsten Woche aufgenommen werden können, da die wichtigsten Mitglieder der schweizerischen Abordnung noch durch die gegenwärtig mit Frankreich stattfindenden Verhandlungen zurückgehalten werden. Die Besprechungen mit Deutschland werden diesmal in Berlin stattfinden.

London. Die Regierungsflagge des Bezirksamts zu Tanga, Deutsch-Ostafrika, wurde dem deutschen Botschafter von Ribbentrop auf einem Festabend der Anglo-German Fellowship in den Räumen der deutschen Botschaft in feierlicher Weise wieder überreicht. Die Flagge war im Jahr 1916 nach der Besetzung Tangas in die Hände der Engländer gefallen.

Belgrad. Der Oberbürgermeister von Belgrad, Wladimir Jlitzsch, ist nach Deutschland abgereist, um am 20. März in Hamburg die Taufe des neuen 7000-Tonnen-Motorschiffes der Levantelinie auf den Namen „Belgrad" vorzunehmen.